

ALTERNATIVES BLÄTTLE

Kreis Böblingen

 <https://de-de.facebook.com/AfDKVBB/>

Zur Homepage



 <https://www.youtube.com/@afd-kreisverband-boeblingen>

Ihre Heizung würde AfD wählen



Erneut drangsaliieren die Grünen den ihnen verhassten Besitzbürgerblock. Hämisch kollaboriert die "liberale" FDP aus reiner Machtgier mit der Verbotsparterie Bündnis 90/Die Grünen, dem eigentlich politischen Antipode. Diesmal geht es dem Häusles-

besitzer an die Heizung, Gasheizung raus, Wärmepumpe rein. Dass der Einbau einer Wärmepumpe eben nicht überall ohne Weiteres möglich ist, lässt den Kinderbuchautor R.Habeck kalt. Lärm-Emissionen, zu geringe Heizkörperflächen, unzureichendes Verteilernetz, Material- und Personalmangel, hohe Stromkosten usw. - Probleme des kleinen Bürgers, die Habeck nicht interessieren. Hauptsache er kann sich als deutscher Don Quijote im Kampf gegen den Klimawandel gerieren - koste es was wolle.

Zehn-Punkte Sofortprogramm



Die Einschläge einer verfehlten Altparteien Politik kommen immer näher. Das spiegelt sich auch in unseren Umfragewerten wider, die konstant über 20% liegen. Immer mehr Bürger erkennen folglich, dass die Ampel-Koalition unser Land in den Ruin führt. Um Deutschland aus der regierungsgemachten Krise zu führen, haben wir ein

Zehn-Punkte-Sofortprogramm erarbeitet.

Schwerpunkte sind:

- Deindustrialisierung Deutschlands stoppen
- Drastische Senkung der Staatsausgaben
- Reaktivierung der abgeschalteten AKWs
- Massive Steuersenkungen
- Sach- statt Geldleistungen für Asylanten
- Abschieben von schweren Straftätern
- Stärkung von Familien durch Betreuungsgeld und Familiensplitting

Gewissenlose Steuergeldverschwendung



Auch im Kreis Böblingen werfen die Altparteien das hart verdiente Geld der Steuerzahler freudig aus dem Fenster. In Herrenberg wurde das Naturbad in dieser Badesaison bereits zum 5. Mal geschlossen. Baden war somit ein Viertel der Zeit nicht möglich. Seit der Eröffnung des 5,7 Mio. € teuren Bades, konnte das Freibad nur in

einer Saison durchgängig geöffnet bleiben. Das gehäufte Auftreten von Bakterienkolonien stellt eine Gefahr für die Gesundheit dar, was die offenkundig ideologischen kommunalen Mandatsträger bei der Umsetzung entweder aus Inkompetenz unberücksichtigt ließen oder geflüchtig ignorierten. Auch sie eifern eben ihren Vortänzern aus dem Bundestag nach und führen einen Kampf gegen Windmühlen.

<https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/herrenberg-dieses-freibad-becken-ist-ein-viertel-der-zeit-geschlossen->



Vom Industrielände zur deindustrialisierten Wüste?

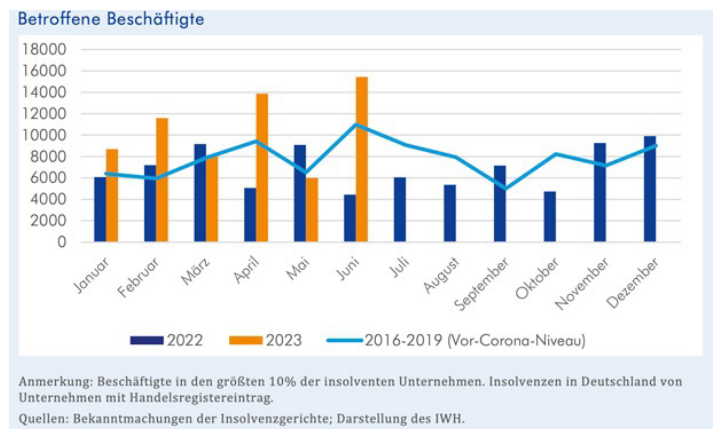
Wenn Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) von „Transformation“ fantasiert, meint er in Wirklichkeit Deindustrialisierung. Im Zuge seiner Kritik am US-amerikanischen Inflationsbekämpfungsgesetz fürchtet er tatsächlich, dass Unternehmen aus Europa abwandern. Und mit dem gemeinsamen Brandbrief seiner Kollegen aus Bayern und NRW wies er auf die Probleme hin, die im Zuge der ideologischen Transformation der angeblich dreckigen Industrie zur angeblich sauberen, also grünen Industrie, entstanden sind. Das ist absurd. Die AfD-Fraktion Baden-Württemberg hat lange vorher, wie auch verschiedene Industrieverbände, unisono auf die dramatischen Auswirkungen insbesondere in der Automobilindustrie hingewiesen. Doch jegliche Kritik wurde als umweltfeindlich und rückschrittlich geframed. Und jetzt bittet Kretschmann tatsächlich um europäische Hilfen, um seine regionalen Fehler mit Steuergeldern zu beheben.

Denn was passiert? Im Jahr 1900 gründete Carl Weck im südbadischen Öflingen die gleichnamige Firma. Genau 123 Jahre später stellte das Unternehmen einen Insolvenzantrag. Die Geschäftsführung benennt als Insolvenzgrund die Preissteigerungen beim Gas. Nur einen Tag später strich mit dem Automobilzulieferer Allgaier aus UHINGEN bei GÖPPINGEN der nächste traditionsreiche Mittelständler die Segel. Die Zahlen des Statistischen Landesamts zu Insolvenzanträgen sind erschreckend: Im ersten Quartal 2023 gab es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Anstieg um unglaubliche 38 Prozent.

Arbeitsplatzabbau und Abwanderung ins Ausland sind also die großen Probleme. Zu nennen ist etwa das Beispiel der WMF-Kochtopffertigung. Diese erfolgt statt in Geislingen nun in Frankreich. Der zuverlässige und günstige französische Atomstrom war mitentscheidend.

Es ist die sogenannte Energiewende, die zu solchen Entscheidungen und letztlich zur Deindustrialisierung führt. Deutschland wird die Welt nicht retten können, stattdessen zerstören wir unseren Wirtschaftsstandort sukzessive. Klimaschutz ist nämlich kein Wettbewerbsvorteil, sondern der Hauptgrund für die Verlagerung von hunderttausenden Arbeitsplätzen ins Ausland und der Hauptgrund, nicht in Baden-Württemberg zu investieren. Genau aus diesem Grund fordern wir eine Umkehr in der Energiepolitik, hin zu sicheren und günstigen Energiequellen: Kohleverstromung, neue Kernkraftwerke, und einen massiven Wiedereinstieg in die Kernforschung. Und auch zukunftsweisende Technologien wie die Kernfusion müssen voll gefördert werden.

Die AfD steht dabei auch für eine Politik der Entbürokratisierung und Entlastung. Die heilige Kuh der EU-Zentralisierung gehört vor diesem Hintergrund selbstverständlich ebenso geschlachtet. Das jüngst beschlossene EU-Lieferkettengesetz ist der nächste Sargnagel für die Deindustrialisierung Baden-Württembergs. Die EU-Vorschriften fallen strenger aus als die des deutschen Lieferkettengesetzes. Damit wird das Ziel – Schutz der Menschenrechte sowie der Umweltschutz in globalen Lieferketten – ins Gegenteil verkehrt: Nach einer Gesamtmetall-Umfrage haben sich bereits 13 Prozent der Unternehmen wegen der Auflagen aus Ländern oder Handelsregionen zurückge-



zogen oder planen das.

Damit schwächen wir uns freiwillig zugunsten von ASEAN, BRICS & Co. Gerade mittelständische Firmen können nicht alle Stufen ihrer Lieferketten in fernen Ländern inklusive der nachgelagerten Punkte Verkauf, Vertrieb, Transport, Lagerung und Entsorgung kontrollieren – andernfalls sollen die Betroffenen sie aber auf Schadenersatz verklagen können. Dieser bürokratische Aufwand überfordert die Unternehmen und führt zwangsläufig zu ihrem Rückzug aus bestimmten Regionen: Eine Kontrolle außerhalb ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten ist absurd.

Stattdessen entwerfen namhafte Südwest-Mittelständler Horrorszenarien gegen die AfD-Wirtschaftspolitik. Das ist Realitätsumkehr: Die Warnungen sind nichts als ein billiger Trick, das wirtschaftspolitische Versagen der Regierung auf die Opposition zu schieben – die genau diese Deindustrialisierungspolitik umgehend beenden will.

Nur die AfD steht für günstigen Strom durch Kohle und Atom, einen Stopp der Energiewende und der Sanktionspolitik, geringere Steuer- und Abgabenlast, Entbürokratisierung sowie Rechtssicherheit statt Grundrechtseinschränkungen. Wer diese Politik unterstützt, weiß auch, wo er sein Wahlkreuz setzen sollte.

Der Verfassungsschutz: Institution zur Agitation

Der AfD-Parteitag in Magdeburg im August 2023 hat es wieder einmal gezeigt. Der Aufschrei des links-ideologischen Mainstreams war erwartbar groß, in jeder Aussage eines AfD-Politikers reflexhaft schwerste Verfehlungen hinsichtlich der Interessen Deutschlands zu sehen. Da war es wieder, das blaue Schreckgespenst! Rechtsradikal, rechtsextremistisch und – laut Bundespräsident Frank Walter Steinmeier – verfassungsfeindlich, eine AfD, die damit die demokratische Grundordnung, ja, die Demokratie per se in Frage stellt. Da war er wieder, der Ruf nach Demokratie und nach dem Verfassungsschutz.

Stephan Kramer, Verfassungsschutzpräsident von Thüringen, ging diese Verunglimpfung nicht weit genug. Nach der Wahl des ersten AfD-Landrats Robert Sesselmann in Sonneberg, sprach er davon, dass es in Deutschland „ungefähr 20 Prozent braunen Bodensatz“ gebe.

Übrigens: Wussten Sie, dass das parlamentarische Kontrollgremium des Verfassungsschutzes auf Bundesebene von Herrn Konstantin von Notz (B90/Die Grünen) und seinem Stellvertreter Roderich Kiesewetter (CDU) geleitet wird, in dem die SPD die meisten Teilnehmer stellt? Auch hier, wie in den Rundfunkräten, weht der eisige Wind linker Programmatik.

Was heißt das konkret, 'Die demokratische Grundordnung in Frage stellen'? Im Artikel 20 des Grundgesetzes sind die Strukturprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beschrieben. Dazu zählt laut Verfassungsschutz unter anderem die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Die zentrale Frage lautet demnach, inwieweit die AfD die Menschenrechte missachtet.

Noch etwas konkreter! Die AfD sei islamophob und ausländergefeindlich, missachte die Religionsfreiheit und sei gegen Zuwanderung. AfD-Position: Laut ihrer Programmatik steht die AfD zur Religionsfreiheit, auch zum Islam, sieht jedoch im politischen Islam eine Unvereinbarkeit mit den westlichen Werten bzw. mit unserer demokratischen Grundordnung. Sie spricht sich für eine gesetzlich geregelte Zuwanderung aus, die sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft richtet, steht zur UN-Charta, Kriegsflüchtlingen solange wie nötig Schutz zu gewähren, lehnt jedoch die unkontrollierte Massenzuwanderung ab, mit dem Ziel, die kulturelle Identität Deutschlands und die historisch gewachsene deutsche Kultur zu erhalten.

Die AfD sei homophob und spreche dem Einzelnen seine individuelle Persönlichkeitsentfaltung ab. AfD-Position: die AfD legt ihren programmatischen Schwerpunkt auf den Erhalt der klassischen Familienstruktur, die mehrheitlich und namentlich aus einem Vater und einer Mutter besteht, lehnt die gleichgeschlechtliche Ehe und ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ab, da ihrer Meinung nach eine kindgerechte psycho-soziale Entwicklung eher von einem gegengeschlechtlichen Elternpaar geleistet werden kann. Kritisiert werden zudem Gender-Themen, wie konstruiertes, psycho-soziales Geschlecht, sowie eine staatlich gelenkte Frühsexualisierung.

Seit 2014 existiert die Organisation "Alternative Homosexuelle (AHO)", deren Schirmherrin die AfD Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst ist und die sich unter

anderem für die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit von Homosexuellen im Zuge einer immer stärker auftretenden homofeindlichen Stimmung durch rechts-konservative Muslime einsetzt.

Die Behauptung, die AfD sei rechtsextrem und daher ein Fall für den Verfassungsschutz resultiert daraus, dass sich der politische Mainstream in der Gesellschaft extrem nach links verschoben hat und jegliche Befürwortung des Bewahrens alter Werte als ein Akt barbarischen Konservatismus gesehen wird, den es gilt mit ALLEN staatlichen Mitteln zu eliminieren. Und, ist es ein Frevel, dass die AfD versucht, die Interessen ALLER in der Gesellschaft zu berücksichtigen, jedoch mit einer ihr eigenen politischen Akzentuierung?

Die ständig geforderte Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz widerspricht jedoch dem nach Art. 21 GG definierten Parteienprivileg, nachdem niemand die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei rechtlich geltend machen darf, bevor nicht das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) diese festgestellt hat.

Die Bürger dürfen, gerade im Hinblick auf die starken Umfragewerte (Bund: um die 22 %, Quelle: Infratest dimap am 31.08.2023) und die anstehenden Landtagswahlen,

gespannt sein, ob die Beweislage des Verfassungsschutzes ausreicht, der AfD eine Gefährdung der demokratischen Grundordnung nachzuweisen und dem Bundesverfassungsgericht damit die

Handhabe zu geben, aus einem Verdachtsfall ein Parteiverbotsverfahren einzuleiten.

Es steht jedenfalls zu befürchten, dass der Verfassungsschutz seine Hauptaufgabe mehr und mehr im „Regierungsschutz“ sieht!





Häufig suggerieren zwangsgebührenfinanzierte Medien die Mär einer erfolgreichen Integration der 2015 invadierten Glücksritter. Die wahre Größenordnung der Zahlen sind den wenigsten bewusst.

Testen Sie in folgendem Quiz ihr Wissen.

Frage 1: Wie viel Prozent der in Baden-Württemberg leistungsberechtigten Syrer bezogen im April 2023 Hartz4?

- a) 37,5 %
- b) 48,6 %
- c) 52,8 %
- d) 65,6 %

Frage 2: Wie viel mal häufiger beziehen Syrer im Vergleich zu Deutschen Leistungen nach SGB II (Hartz4) in Baden-Württemberg (Stand: April 2023)?

- a) 5 mal
- b) 8 mal
- c) 12 mal
- d) 16 mal

Frage 3: Aus welchen drei Ländern kommen die meisten Asylantragsteller im Jahr 2023?

- a) Ukraine, Russland, Afghanistan
- b) Ukraine, Afghanistan, Iran
- c) Syrien, Afghanistan, Türkei
- d) Russland, Syrien, Türkei

Frage 4: Wie viel Prozent der Muslime in Afghanistan befürwortet Steinigung bei Ehebruch?

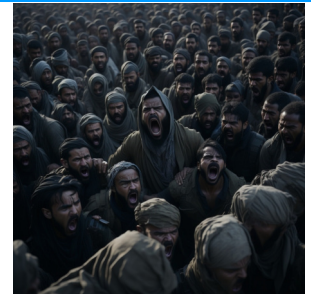
- a) 84 %
- b) 89 %
- c) 95 %
- d) 99 %

Frage 5: Wie viel Prozent der Muslime in Ägypten finden Selbstmordanschläge gegen Zivilisten zur Verteidigung des Islams gerechtfertigt?

- a) 8 %
- b) 12 %
- c) 21 %
- d) 29 %

Frage 6: Wie viel Prozent der Tatverdächtigen bei dem Delikt "Taschendiebstahl" haben keinen deutschen Pass (laut PKS2022)?

- a) 13 %
- b) 34 %
- c) 55 %
- d) 76 %



Frage 1: Richtig ist Antwort b). Die Integration der Asylbewerber ist keine Erfolgsgeschichte, wenn knapp die Hälfte 8 Jahre nach der großen Einwanderungswelle noch auf Kosten des Steuerzahlers lebt.
Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html?sessionId=D7FC95AACD51373798878D7C0666C5F2>

Frage 2: Richtig ist Antwort d). Während Personen mit deutschem Pass zu ungefähr 3% Leistungen nach SGB II (Hartz4) beziehen, liegt die Quote bei syrischen Staatsangehörigen bei 48,8%, was einem Verhältnis von ca. 16:1 entspricht.
Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html?sessionId=D7FC95AACD51373798878D7C0666C5F2>

Frage 3: Richtig ist Antwort c). Tatsächlich kamen die meisten Asylantragsteller weiterhin aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Die Einwanderung trägt folglich weiterhin zu einer Islamisierung bei.
Quelle: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/01/asylantraege2022.html>

Frage 4: Richtig ist Antwort a). Umfragen des renommierten Pew Research Institut zeigen eindeutig einen vom Westen abweichenden Wertekanon auf, da sich 84% der Muslime für barbarische Strafen, für in der westlichen Welt strafbare Vergehen, aussprechen.
Quelle: <https://www.pewresearch.org/religion/2013/04/30/the-worlds-muslims-religion-politics-society-beliefs-about-sharia/>

Frage 5: Richtig ist Antwort d). Das Pew Research Institut offenbart durch seine Umfragen, dass auch fortschrittliche muslimische Staaten einen großen Teil an Fundamentallisten beherbergen.
Quelle: <https://www.pewresearch.org/religion/2013/04/30/the-worlds-muslims-religion-politics-society-religion-and-politics/>

Frage 6: Richtig ist Antwort d). Das Delikt Taschendiebstahl wird laut Polizeilicher Kriminalstatistik größtenteils von Personen ohne deutschen Pass begangen. Bei schwerem Taschendiebstahl (Schlüssel: 490000) beträgt der Anteil an Nicht-Deutschen sogar 94%.
Quelle: <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2022/PKSTabellen/BundTVNationaleitaer/bundTVNationaleitaer.html?nn=211742>

Die öffentlich-rechtlichen Medien bestehen überwiegend aus staatlichen und regierungsnahen Vertretern. Der ZDF-Fernsehrat besteht beispielsweise aus mindestens 45% Altparteimitgliedern und vielen weiteren von Ministerpräsidenten designierten Vertretern teils skurriler Verbände. Wir arbeiten als einzige relevante Partei darauf hin, die Zwangsgebühren abzuschaffen, weshalb ein neutraler Umgang mit uns seitens öffentlich-rechtlicher Medien ausgeschlossen ist. Um gewissermaßen ein Korrektiv zur einseitigen Berichterstattung darzustellen, sind wir dabei unsere eigenen Medien zu etablieren, etwa in Form dieser Zeitung.

Auch Sie persönlich können zur Rettung Deutschlands beitragen. Bemerkenswert ist, dass der Staat für jeden €, den Sie uns spenden, 45 ct draufschlägt und Sie die Spende weiterhin von der Steuer absetzen können (hierfür Name und Anschrift angeben).

**Spende AfD Kreisverband Böblingen
BW Bank
IBAN: DE49 6005 0101 0004 3346 86
BIC: SOLADEST600**



V.i.S.d.P.:
Markus Frohnmaier
Alternative für Deutschland
Kreisverband Böblingen
Postfach 1246 · 71103 Magstadt
Email: boeblingen@afd-bw.de
Homepage: <https://boeblingen.afd-bw.de/>